

SVP des Kantons Zürich

Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Dübendorf, 17. September 2018

Mehr politische Vielfalt statt Einfalt an unseren Schulen!

Kantonsrätin Anita Borer, Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur

Gute Lehrerinnen und Lehrer sind das A und O unserer Volksschule. Sie bilden die Kinder und Jugendlichen zu kritischen Erwachsenen heran, die sich eine eigene Meinung zu diversen Themen bilden können. Die Lehrmittel sind dabei die Basis des Unterrichts.

So die Theorie. In der Praxis ist das aber leider nicht so idyllisch, wie wir auch den Medien entnehmen konnten. Es sind Lehrmittel im Umlauf, die keineswegs ausgewogen und höchst einseitig ideologisch geprägt sind. Für gewisse politische Akteure und Positionen wird regelrecht geworben, ohne die Gegenposition einfließen zu lassen. Ein politisch neutraler Unterricht ist so – auch wenn eine Lehrerin oder ein Lehrer noch so möchte – praktisch unmöglich.

Wer überprüft bzw. stellt die politische Neutralität der Lehrmittel unserer Volksschule sicher? Offenbar niemand. Dieser Umstand ist unhaltbar und entspricht nicht dem in der Verfassung festgehaltenen Grundsatz der politischen Neutralität der staatlichen Schulen.

Einmal macht sich bemerkbar, worauf wir bereits im Zusammenhang mit dem neuen Lehrplan 21 hingewiesen haben: Zu viele Prozesse im Bildungsbereich sind undurchsichtig und verworren. Es reden verschiedene Akteure mit den unterschiedlichsten Funktionen mit, damit wird vorgegaukelt, dass eine Meinungsvielfalt bestehen würde. Die Politik erfährt aber nur in wenigen Fällen, was hinter den Kulissen abläuft.

Wer beauftragt wen und unter welchen Voraussetzungen? Welche Organisationen reden mit und welche werden ausgeschlossen? Wie die auf dem Lehrplan 21 basierenden Lehrmittel zeigen, ziehen die involvierten Kräfte mehrheitlich in eine einzige Richtung. Von Meinungsvielfalt kann keine Rede sein kann.

Ob links, in der Mitte oder rechts: keine Politik und keine Partei hat das Recht, die alleinige Wahrheit für sich zu beanspruchen und unsere Kinder einseitig zu beeinflussen. Die Schule hat einen öffentlichen Auftrag und entsprechend verschiedene Positionen, Weltanschauungen und Meinungen einzubeziehen.

Wir fordern deshalb den Regierungsrat eingehend auf, sofort zu handeln, die umstrittenen Lehrmittel umgehend kritisch zu überprüfen und zu überarbeiten. Entsprechende Vorstösse reichen wir heute Nachmittag zusammen mit der FDP ein. Dies im Sinne einer Volksschule, hinter der wir alle stehen können und die unsere Kinder und Jugendlichen zu hinterfragenden, urteilsfähigen Erwachsenen heranzieht.